

Ehrhart Neubert

Opposition und Widerstand

Voraussetzungen der Oppositionsforschung in BF

Das Archiv der BStU bietet einzigartige Quellen zur Erforschung von Opposition und Widerstand in der SBZ/DDR. Da zu den genuinen Aufgaben des MfS und seiner Vorläuferorganisationen das Erkennen, Eindämmen und Verfolgen politischer Gegner gehörte, trugen diese Organe im Laufe der Jahrzehnte einen riesigen Bestand an Akten unterschiedlichster Prominenz über die Phänomene der politischen Gegnerschaft zusammen. Das Ausmaß der Kontrolle und der Operationen des MfS sorgte für eine nahezu lückenlose Dokumentation von Opposition und Widerstand, die freilich durch Bestände anderer staatlicher Archive der DDR und die Überlieferungen Oppositioneller ergänzt wird.

Dieser für die Zeitgeschichtler außerordentlich glückliche Umstand birgt aber auch Risiken. Neben den durchaus beherrschbaren hermeneutischen Problemen im Umgang mit Akten, die aus der Herrschaftsperspektive Handlungen von Personen und komplexe Vorgänge verschriftlicht haben, spielen politische und geschichtspolitische Interessen im Umgang mit dem Aktenmaterial eine wichtige Rolle. Diesen politischen Interessen ist die Zugänglichkeit der Akten und im weiteren Sinne auch die Existenz der BStU zu verdanken.

Als in der Herbstrevolution 1989 die SED-Herrschaft zusammenbrach, schien es, als ob nun die bislang Kontrollierten und Verfolgten ihre gesamte Kraft gegen das MfS richten. Obwohl der DDR-Opposition der achtziger Jahre programmatische und strategische Schwächen unterstellt werden können, zeigte diese Opposition in der Auseinandersetzung mit dem MfS eine bemerkenswerte Konsequenz, die zu den Besetzungen der MfS-Zentralen und der am Runden Tisch erzwungenen Auflösung des politischen Geheimdienstes führte. Die Fixierung der Bürgerbewegungen auf das MfS war so nachhaltig, dass diese schließlich mit breiter gesellschaftlicher Unterstützung, zunächst auch gegen den Willen der westdeutschen Politik, die Erhaltung der Akten und eine entschlossene in der Behörde der BStU institutionalisierte Aufklärung der MfS-Aktivitäten erreichen konnte.

Der durch das StUG festgelegte politische Auftrag der Behörde, die Einsichtnahme von Betroffenen, die Überprüfung auf MfS-Mitarbeit und die Information über Strukturen und Wirkungsweisen des MfS, verlängert gleichsam die politischen Auseinandersetzungen von 1989. So bewegen sich auch die Forschungen zum Widerstand und zur Opposition sehr nahe an den noch längst nicht historisierten Ereignissen. Sie tangieren Interessen vieler heute noch politisch handelnder Akteure. Das betrifft sowohl die Subjekte des Widerstandes und der Opposition wie auch die ehemaligen Vertreter und Mitläufer der SED-Herrschaft. Da aber öffentliches politisches Handeln stets ein Minderheitenphänomen war, bildet das breite Feld der Unbeteiligten, der Desinteressierten, der Ängstlichen, der aus pragmatischen Gründen Wegschauenden ein nicht zu unterschätzendes Potenzial politisch motivierter Ignoranz oder Abwehr gegenüber der Widerstandsforschung. Dieses Potenzial ist nicht nur im Osten, sondern auch im Westen spürbar. Der Gegenstand war zudem für die damalige DDR-Forschung nicht in die gebräuchlichen Deutungsmuster der kommunistisch beherrschten Gesellschaften einzuordnen. In diesen Gesellschaften wurden zwar gewisse Defizite diagnostiziert, aber die internen Spannungen nicht in ihrer systemsprengenden Dynamik wahrgenommen.

In den fünfziger Jahren gab es noch eine intensive Beschäftigung mit den Systemgegnern in der DDR. Vor allem zum 17. Juni 1953 entstand eine anspruchsvolle Literatur. Für die historischen und politischen Wissenschaften der Bundesrepublik waren Opposition und Widerstand, ebenso wie die politisch motivierte Repression, seit den siebziger Jahren nur noch ein Randthema. Vereinzelt Dokumentationen im »Deutschland Archiv« und anderen Zeitschriften sowie Veröffentlichungen der Ausnahmeerscheinungen, wie etwa Hermann

Weber¹ oder der Journalist Karl Wilhelm Fricke², einiger jüngerer Autoren³, kritischer Kirchenleute⁴ oder geflüchteter und ausgebürgerter Oppositioneller⁵, konnten diesen Mangel nicht ausgleichen.

Mit den für Politik und Wissenschaft unverhofften Revolutionen 1989 in Mittelosteuropa stieg der Wissens- und Erklärungsbedarf sprunghaft an. Nun kam das politische Vorspiel der Revolutionen in den Blick der Forschung. Seit 1990 erschien eine große Anzahl von Forschungsarbeiten und Dokumentationen. Auffällig ist, dass die Autoren überwiegend selbst Akteure der Opposition waren. Die Bandbreite dieser Arbeiten reicht von der typischen Betroffenheitsliteratur bis hin zu wissenschaftlichen Arbeiten. Die etablierten Wissenschaften haben allerdings nur zögerlich das Thema aufgenommen. Wohl aber gab es bald akademische Förderer. Die Gründe für die Zurückhaltung sind vielfältig. Die Wahrnehmungsdefizite der früheren Jahre konnten insgesamt nicht so schnell überwunden werden. Außerdem verlangt der Gegenstand Sprachweisen zu überprüfen, die aus der westdeutschen Erfahrung herrühren. Allein die Teilidentifizierung der ostdeutschen Friedens- und Umweltbewegung mit den gleichlautenden Phänomenen im Westen konnte Missverständnisse produzieren. Auch die Verquickung der politischen mit der kirchlich-theologischen Sprache und die Einbettung großer Teile der Opposition in einen religiösen Kontext erleichtert es den politischen und methodisch auf säkulare Prozesse festgelegten Wissenschaften nicht, eine politische Relevanz der Opposition anzunehmen. Die kirchliche Zeitgeschichtsschreibung hat sich des Themas ebenfalls nur sehr stiefmütterlich angenommen. Darin spiegelt sich die Konfliktsituation wider, die mit dem Auftreten der oppositionellen Gruppen in den auf Ausgleich bzw. Konfliktminimierung mit dem Staat bedachten Kirchen verbunden waren.

In dieser Lage hatte die Abteilung Bildung und Forschung der BStU eine günstige Ausgangssituation, sich des Themas anzunehmen. Schon in den ersten konzeptionellen Planungen flossen die Bereiche Opposition und Widerstand ein. Bald schon konnten erste Arbeitsergebnisse vorgestellt werden. Inzwischen, nach einem guten Jahrzehnt, ist die Abteilung Bildung und Forschung zu einem wichtigen Zentrum der Widerstands- und Oppositionsforschung geworden.⁶ Sie ist an der raschen Verbreiterung der empirischen Forschung und der Entwicklung analytischer Instrumentarien beteiligt. Die Ergebnisse liegen in den eigenen Veröffentlichungen der Abteilung vor. Zudem haben die Mitarbeiter der Abteilung an zahlreichen externen Veröffentlichungen mitgearbeitet. Neben der wissenschaftlichen Arbeit zum Thema ist die Abteilung auch zu Dienstleistungen verpflichtet, in die die gewonnenen Erkenntnisse einfließen. Zu nennen wäre ein Gutachten für den Prozess wegen Rechtsbeugung gegen Justizfunktionäre, die 1979 Robert Havemann

¹ Hermann Weber: DDR – Grundriß der Geschichte 1945–1990. Hannover 1976. Vollst. überarb. u. erg. Neuaufl. 1991; Ders.: Aufbau und Fall einer Diktatur: kritische Beiträge zur Geschichte der DDR. Köln 1991.

² Karl Wilhelm Fricke: Politik und Justiz in der DDR. Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945–1968. Bericht und Dokumentation. Köln 1979; Ders.: Opposition und Widerstand in der DDR. Köln 1984.

³ Unter anderen Wolfgang Buscher, Peter Wensierski, Klaus Wolschner (Hg.): Friedensbewegung in der DDR, Texte 1978–1982. Hattingen 1982; Klaus Ehring (Pseudonym Hubertus Knabe), Martin Dallwitz, (Pseudonym Ulrich Mickan): Schwerter zu Pflugscharen: Friedensbewegung in der DDR. Reinbek bei Hamburg 1982.

⁴ Dietmar Linke: Niemand kann zwei Herren dienen. Als Pfarrer in der DDR. Hamburg 1988; Heino Falcke: Mit Gott Schritt halten: Reden und Aufsätze eines Theologen in der DDR aus 20 Jahren. Berlin 1986.

⁵ Freya Klier: Abreißkalender. Versuch eines Tagebuches. München 1988; Ralf Hirsch, Lew Kopelew (Hg.): Initiative Frieden & Menschenrechte. Grenzfall. Vollständiger Nachdruck aller in der DDR erschienenen Ausgaben (1986/87), erstes unabhängiges Periodikum. Berlin 1989.

⁶ In den folgenden Ausführungen wird nur ein Teil der Veröffentlichungen zum Thema aufgeführt. Eine vollständige Aufzählung in: Abteilung Bildung und Forschung. Die ersten zehn Jahre – eine Bilanz. Hg. BStU. Berlin 2004.

verurteilten, oder eine Spezialexpertise zum Einsatz von radioaktiven Materialien gegen Oppositionelle durch das MfS.

Forschungsstand und BF-Beteiligung

Die ersten Veröffentlichungen noch im Jahr 1989 und vor allem 1990 zu Opposition und Widerstand spiegelten den aufgestauten Nachholbedarf. Die ersten Grauschriften, die teilweise noch von den neuen Bürgerbewegungen herausgegeben wurden und die die bis heute anhaltende Flut von Klein- und Grauschriften einleiteten, boten zunächst summarische Übersichten oder dokumentierten bislang unbekannte Texte der Opposition der achtziger Jahre.⁷ Andere verarbeiteten die jüngsten Ereignisse, wie etwa den Runden Tisch in Berlin.⁸ Schon 1992 lieferte Wolfgang Rüdtenklau⁹, der selbst einer der wichtigsten Akteure der 1987 vom MfS besetzten Umweltbibliothek war, eine auf Berlin konzentrierte Gesamtdarstellung, die die Strategien der christlich-anarchistisch orientierten Berliner Umweltbibliothek in den Vordergrund oppositioneller Aktivitäten schob.

Seit Mitte der neunziger Jahre erschienen zahlreiche Bücher, die teilweise die gesamte Zeit der SBZ/DDR berücksichtigten. Nur in einem Fall handelte es sich um eine umfassende Gesamtdarstellung¹⁰. Ansonsten handelte es sich um Sammelbände, die reichliches empirisches Material zusammentrugen und sich auch theoretischen Fragestellungen widmeten. Den ersten Band dieser Art gaben 1995 Ulrike Poppe, Rainer Eckert und Ilko-Sascha Kowalczyk heraus¹¹. Im selben Jahr erschienen im Rahmen der 18-bändigen Dokumentation der Enquete-Kommission des Bundestages »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« zwei Bände zur Oppositionsgeschichte, die neben zahlreichen Expertisen auch Anhörungen von Zeitzeugen seit den vierziger Jahren dokumentieren.¹²

1999 gaben Klaus-Dietmar Henke, Peter Steinbach und Johannes Tuchel einen Band heraus, der aus einem Symposium zu Ehren des Nestors der Forschung zur politischen Gegnerschaft, Karl Wilhelm Fricke, hervorging.¹³ Mit dem Symposium und dem Beitrag von Steinbach wurde als Rahmen von Widerstand und Opposition die politische Konfrontation zwischen Diktatur und Demokratie im 20. Jahrhundert definiert. Ein Sammelband von Günther Heydemann, Gunther Mai und Werner Müller bot eine Reihe von Regionalstudien und bezog auch die Transformationsprozesse nach 1989 ein.¹⁴ Der im selben Jahr von Eberhard Kuhrt, Hannsjörg F. Buck und Gunter Holzweißig herausgegebene Band bot vielen ehemaligen Akteuren der Opposition die Möglichkeit, ihre Sicht darzulegen und durch die

⁷ Hubertus Knabe (Hg.): Aufbruch in eine andere DDR. Reformer und Oppositionelle zur Zukunft ihres Landes. Reinbek bei Hamburg 1989; Detlef Pollack (Hg.): Legitimität der Freiheit. Politisch alternative Gruppen in der DDR unter dem Dach der Kirchen. Frankfurt/M. 1990; Gerhard Rein (Hg.): Die Opposition in der DDR. Entwürfe für einen anderen Sozialismus. Berlin 1989; Ders.: Die protestantische Revolution 1987–1990. Ein deutsches Lesebuch. Berlin 1990.

⁸ Uwe Thaysen: Der Runde Tisch oder: Wo blieb das Volk? Der Weg der DDR in die Demokratie. Opladen 1990.

⁹ Wolfgang Rüdtenklau: Störenfried – ddr-opposition 1986–1989. Mit Texten aus den »Umweltblättern«. Berlin 1992.

¹⁰ Ehrhart Neubert: Geschichte der Opposition. Berlin 1997 (weitere Aufl. 1998, 2000).

¹¹ Ulrike Poppe, Rainer Eckert, Ilko-Sascha Kowalczyk (Hg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR. Berlin 1995.

¹² Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«. Hg. v. Deutschen Bundestag 1995. Bde. VII/1 und 2.

¹³ Klaus-Dietmar Henke, Peter Steinbach, Johannes Tuchel (Hg.): Widerstand und Opposition in der DDR. Köln 1999.

¹⁴ Günther Heydemann, Gunther Mai, Werner Müller, (Hg.): Revolution und Transformation in der DDR 1989/90. Berlin 1999.

veröffentlichten Dokumente zu belegen.¹⁵ Ein weiteres Buch ging aus einem Symposium hervor, das 1999 im Zeitgeschichtlichen Forum in Leipzig stattfand und die oppositionellen Aktivitäten bis in die Wiedervereinigungsprozesse verfolgte.¹⁶ Der von Hermann-Josef Rupieper ein Jahr später herausgegebene Band hatte vorwiegend die Opposition in Sachsen-Anhalt im Blick, enthielt aber auch übergreifende Aspekte.¹⁷ Schließlich muss das von Hans-Joachim Veen und anderen herausgegebene Lexikon zum Thema benannt werden, da es sowohl für Wissenschaftler wie für den interessierten Laien komprimierte Informationen bot.¹⁸ In all den hier genannten Veröffentlichungen haben Autoren der Abteilung BF mitgewirkt. Insgesamt machten die Überschneidungen von Autorschaften dieser Arbeiten auch deutlich, dass ein durchaus überschaubarer Kreis von Wissenschaftlern sich des Themas angenommen hatte und ein beträchtlicher Teil selbst zu den politischen Akteuren gehört hatte. Einen neuen Aufschwung nahmen die Forschungen zum Widerstand der vierziger und fünfziger Jahre. Die Aktenöffnung überholte rasch die wenigen Arbeiten und Dokumentationen, die bis 1990 vorlagen. Neben Autoren, die selbst in die damaligen Vorgänge verstrickt waren und schon früher veröffentlicht hatten, wie etwa Karl Wilhelm Fricke, Siegfried Mampel oder Thomas Ammer, wurde eine Reihe von wissenschaftlichen Veröffentlichungen vorgelegt, die die Aktivitäten einzelner Widerstandsgruppen¹⁹ rekonstruierte oder auch am Widerstand beteiligte Personen porträtierte.²⁰ Außerdem waren auch die Parteien, SPD und CDU, daran interessiert, die Verfolgung ihrer widerständigen Mitglieder und Funktionäre in der Nachkriegszeit aufzuklären.²¹

An diesen Forschungen zum Widerstand in der Zeit der kommunistischen Transformation waren Mitarbeiter der Abteilung Bildung und Forschung beteiligt. Der Schwerpunkt dieser Arbeiten lag auf der Verfolgung des MfS von Gruppen und Organisationen, die teilweise von Westdeutschland aus operierten.²² In zwei Fällen veröffentlichten Gastautoren in der BF-Reihe Analysen und Dokumente organisierte antikommunistische Aktivitäten.²³ Jüngst erschien in der biographischen Reihe der Abteilung BF ein Tagebuch von Wolfgang Schollwer, der maßgeblich im FDP-Ostbüro gewirkt hatte.

Ein exemplarischer Fall für die Stagnation der Forschung zum Widerstand in der DDR vor 1989 ist der Umgang mit dem Volksaufstand im Juni 1953. Hatte es in den fünfziger Jahren zunächst Arbeiten auf der Grundlage von Befragungen von Flüchtlingen und anderen zeitnahen Quellen gegeben,²⁴ setzten sich seit den sechziger Jahren Darstellungen und

¹⁵ Eberhard Kuhrt, Hannsjörg F. Buck, Gunter Holzweißig (Hg.): Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft. Opladen 1999.

¹⁶ Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zeitgeschichtliches Forum (Hg.): Der Weg zur Wiedervereinigung. Köln 1999.

¹⁷ Hermann-Josef Rupieper (Hg.): Friedliche Revolution 1989/90 in Sachsen-Anhalt. Halle 2000.

¹⁸ Hans-Joachim Veen, Bernd Eisenfeld, Hans Michael Kloth u. a. (Hg.): Lexikon. Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur. Berlin 2000.

¹⁹ Patrik von zur Mühlen: Der Eisenberger Kreis. Jugendwiderstand und Verfolgung in der DDR 1953–1958. Bonn 1995; Kubina, Michael: Von Utopie, Widerstand und Kaltem Krieg. Das unzeitgemäße Leben des Berliner Rätekommunisten Alfred Weiland (1906–1978). Münster, Hamburg 2001.

²⁰ Karl Wilhelm Fricke, Peter Steinbach, Johannes Tuchel: Opposition und Widerstand in der DDR. Politische Lebensbilder. München 2002.

²¹ Vgl. Günter Buchstab (Hg.): Verfolgt und entrechtet. Die Ausschaltung Christlicher Demokraten unter sowjetischer Besatzung und SED-Herrschaft 1945–1961. Eine biographische Dokumentation. Düsseldorf 1997; Der Freiheit verpflichtet. Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert. Marburg 2000.

²² Karl Wilhelm Fricke, Roger Engelmann: »Konzentrierte Schläge«. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956. Berlin 1998.

²³ Karl Wilhelm Fricke: Akten-Einsicht. Rekonstruktion einer politischen Verfolgung. Berlin 1996; Wolfgang Buschfort: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP. Berlin 2000.

²⁴ Vgl. Stefan Brant (d. i. Klaus Harpprecht) unter Mitarbeit von Klaus Bölling: Der Aufstand. Vorgeschichte, Geschichte und Deutung des 17. Juni 1953. Stuttgart 1954.

Deutungen durch, die maßgeblich von Arnulf Baring geprägt worden und den politischen Interessen einer Politik verpflichtet waren, die den kollektiven Widerstand minimiert sehen wollten.²⁵ Schon 1990 kam es zu einer Wiederaufnahme der Forschungen zum Volksaufstand. Westdeutsche Forscher waren allerdings zunächst zurückhaltend,²⁶ und die ehemaligen DDR-Historiker modifizierten ihre bisherigen Darstellungen des Aufstandes nur partiell.²⁷ Einen bemerkenswerten Neuanatz bot 1991 Torsten Diedrich²⁸, der allerdings das von ihm neu erschlossene Material noch in erheblichem Maße mit Barings Deutungsmustern interpretierte. Die neuen Möglichkeiten des Quellenzugangs schlugen sich auch in den Arbeiten von Manfred Hagen nieder.²⁹ Einen Durchbruch brachten aber erst die Arbeiten von Armin Mitter.³⁰ Er knüpfte einerseits an Harpprecht und Fricke an und konnte andererseits nun gesichert nachweisen, dass der Aufstand von breiten Kreisen der Bevölkerung getragen wurde, nahezu flächendeckend die gesamte DDR erfasste sowie politisch auf die Überwindung der deutschen Teilung und die Etablierung eines demokratischen Gemeinwesens orientiert war. Er definierte den 17. Juni als »gescheiterte deutsche Revolution«.³¹

Die inzwischen vorliegenden Forschungsberichte³² und Bibliographien³³ zeigen, dass es anlässlich des 50. Jahrestages des Aufstandes zu einer Flut an neuen Veröffentlichungen gekommen ist, die die historischen Ereignisse weiter ausleuchteten. Autoren der Abteilung Bildung und Forschung bzw. der BStU waren beteiligt, zumal es sich auch um Spezialisten für die fünfziger Jahre handelte. Zwei Bücher behandelten regionalgeschichtliche Themen,

²⁵ Vgl. Bernd Eisenfeld, Ilko-Sascha Kowalczyk, Ehrhart Neubert: Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte. Bremen 2004, S. 458–465.

²⁶ Vgl. v. a. Der 17. Juni – vierzig Jahre danach. Podiumsdiskussion mit Lutz Niethammer, Jochen Cerny, Monika Kaiser, Armin Mitter, Arnulf Baring, Ilse Spittmann. In: Jürgen Kocka, Martin Sabrow (Hg.): Die DDR als Geschichte. Fragen – Hypothesen – Perspektiven. Berlin 1994, S. 40–66; Der Volksaufstand am 17. Juni 1953. Protokoll der 42. Sitzung der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« am 16. Juni 1993 in Berlin. In: Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«, 12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages. Hg. v. Deutschen Bundestag. Baden-Baden 1995. Bd. II/1, S. 746–802 (daran nahmen teil: Alexander Fischer, Torsten Diedrich, Armin Mitter, Christoph Kleßmann, Manfred Hagen, Leo Haupt).

²⁷ Vgl. Jochen Cerny (Hg.): Brüche, Krisen, Wendepunkte. Neubefragung der DDR-Geschichte. Leipzig, Jena, Berlin 1990.

²⁸ Torsten Diedrich: Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk. Berlin 1991.

²⁹ Vgl. Manfred Hagen: DDR – Juni '53. Die erste Volkserhebung im Stalinismus. Stuttgart 1992.

³⁰ Vgl. Armin Mitter: Die Ereignisse im Juni und Juli 1953 in der DDR. Aus den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit. In: APuZ 1991/5, S. 31–41; Ders., Stefan Wolle: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte. München 1993, S. 27–162; Ders.: » ... gegen das Volk regieren«. Der Ausbau des Disziplinierungsapparates nach dem 17. Juni 1953. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Der 17. Juni 1953 – der Anfang vom Ende des sowjetischen Imperiums. Leipzig 1993, S. 63–66.

³¹ Zuerst in Armin Mitter: Die gescheiterte deutsche Revolution – ein Beitrag zur Aufarbeitung und Analyse der Ereignisse vom Juni und Juli 1953. In: die taz v. 10.7.1991, 12.7.1991 u. 16.7.1991.

³² Vgl. Torsten Diedrich: Waffen gegen das Volk. Der 17. Juni 1953 in der DDR. München 2003, S. 135–165; Beate Ihme-Tuchel: Die DDR. Darmstadt 2002, S. 22–42; Mitter, Armin: Der »Tag X« – 17. Juni 1953 : die »Innere Staatsgründung« der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54. Berlin 1995, S. 9–30; Karl Wilhelm Fricke, Roger Engelmann: Der »Tag X« und die Staatssicherheit. 17. Juni 1953 – Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Machtparadigma. Bremen 2003, S. 7–19; Ilko-Sascha Kowalczyk: 17. Juni 1953. In: Rainer Eppelmann, Bernd Faulenbach, Ulrich Mählert (Hg.): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Paderborn 2003, S. 160–166; Ders.: 17. Juni 1953 – Arbeiteraufstand, Volksaufstand, Revolution. Aufstandsgeschichte, Forschungskontroversen und Erinnerungskultur. In: IWK 39(2003)1, S. 1–36; Ders.: Die gescheiterte Revolution – »17. Juni 1953«. Forschungsstand, Forschungskontroversen und Forschungsperspektiven. In: Archiv für Sozialgeschichte 44(2004), S. 606–664.

³³ Peter Bruhn: 17. Juni 1953. Bibliographie. Berlin 2003.

den Aufstand in Halle³⁴ und Potsdam³⁵. Eine Arbeit untersuchte die Reaktionen des MfS auf den Aufstand³⁶. Zudem wurde eine Gesamtdarstellung vorgelegt, die auch neue aus den MfS-Akten gewonnene Erkenntnisse bot.³⁷ Diesen Büchern folgte im Jahr 2004 eine umfangreiche Darstellung der Rezeptionsgeschichte des Aufstandes, die ebenfalls eine Reihe von bisher unveröffentlichten Materialien verarbeitete.³⁸ Ein weiterer Sammelband zum Thema wird 2005 erscheinen.

Einen wichtigen Strang in der Oppositionsgeschichte der DDR von den fünfziger bis in die siebziger Jahre bildeten die marxistischen Dissidenten. Die Genese dieser Phänomene lag in der 1956 eingeleiteten Entstalinisierungsdebatte.³⁹ Als Wolfgang Harich in einer »Plattform für einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus«⁴⁰ seine Reformutopien vorstellte, ging die SED angesichts der durch die ungarische Revolution entstandene Unruhe im Keim zu ersticken und leitete die »Revisionistenprozesse« gegen die »Harich-Gruppe«⁴¹ und andere Abweichler ein, unter anderem den Schriftsteller Erich Loest. Wenn auch die Verfolgung der »Revisionisten« eher auf Konstruktionen fiktiver Gegner durch die SED zurückging als auf eine tatsächliche Gefahr, wurde in der Gedankenwelt und den Aktivitäten von Harich ein neuer Typ einer systemimmanenten Gegnerschaft sichtbar, der sich später noch ausweiten sollte. An der Debatte um die Ambivalenz der politischen Gehalte dieser Opposition ist auch die Abteilung BF beteiligt.⁴² So wurde eine Analyse des »Donnertagskreises«⁴³ veröffentlicht, der häufig zu Unrecht auf die gleiche Stufe mit dem für Ungarn wichtigen »Petöfi-Club« gestellt wurde.

Die oppositionellen Strukturen und Aktivitäten in den sechziger und siebziger Jahren zeigen ein heterogenes und vielfältiges Bild. Zu diesen Phänomenen ist inzwischen eine Fülle von Literatur neben den schon erwähnten Übersichts- und Sammelwerken erschienen.⁴⁴ Thematisch gehören in diese Phase nach dem Mauerbau die marxistischen Dissidenten. In der kurzen Phase größerer Handlungsspielräume nach 1961 profilierten sich Robert Havemann, Stefan Heym und Wolf Biermann als kritische Geister mit dezidiert reformerischen Anliegen. Doch als die Kritik zur Fehlerdiskussion an Partei und deren Funktionsträgern geriet, ging die SED wieder zur Repression über. Auf dem 11. Plenum des ZK der SED im Dezember 1965 holte sie zu einem kulturpolitischen »Kahlschlag«⁴⁵ aus, von dem neben anderen Robert

³⁴ Hans-Peter Löhn: Spitzbart, Bauch und Brille – sind nicht des Volkes Wille! Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Halle an der Saale. Bremen 2003.

³⁵ Burghard Ciesla: Freiheit wollen wir! Der 17. Juni 1953 in Brandenburg. Berlin 2003.

³⁶ Fricke, Engelmann: Der »Tag X« (Anm. 32).

³⁷ Kowalczyk, Ilko Sascha: 17. Juni 1953 – Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen. Bremen 2003.

³⁸ Eisenfeld, Kowalczyk, Neubert: Die verdrängte Revolution (Anm. 25).

³⁹ Ilko-Sascha Kowalczyk: Frost nach kurzem Tauwetter: Opposition, Repressalien und Verfolgungen 1956/57 in der DDR. Eine Dokumentation des Ministeriums für Staatssicherheit. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1997, S. 167–215; Ders.: Die Niederschlagung der Opposition an der Veterinärmedizinischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin in der Krise 1956/57. Dokumentation einer Pressekonferenz des Ministeriums für Staatssicherheit im Mai 1957. 2. Aufl., Berlin 2000.

⁴⁰ Vgl. Wolfgang Harich: Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit. Berlin 1993, S. 111 ff.

⁴¹ Vgl. Walter Janka: Schwierigkeiten mit der Wahrheit. Hamburg 1989.

⁴² Ilko-Sascha Kowalczyk: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961. Berlin 2003.

⁴³ Matthias Braun: »Dieser blutige November schlug viele Knospen ab.« Zu Geschichte und Programm des »Donnertagskreises« im Herbst 1956. In: Ehrhart Neubert, Bernd Eisenfeld (Hg.): Macht – Ohnmacht – Gegenmacht. Grundfragen zur politischen Gegnerschaft in der DDR. Bremen 2001, S. 293–304.

⁴⁴ Vgl. Forschungsbericht von Rainer Eckert: Dissidenz und Opposition im Schatten der Mauer – die sechziger und siebziger Jahre. In: Eppelmann, Faulenbach, Mählert (Hg.): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung (Anm. 32), S. 167–172.

⁴⁵ Vgl. Günter Agde (Hg.): Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Studien und Dokumente. Berlin 1991.

Havemann, Wolf Biermann und Stefan Heym besonders betroffen waren, deren direkte politische Aktionen zwar begrenzt blieben, aber enormen Einfluss auf die kritischen Milieus hatten. Die Biermannausweisung 1976 und die daraufhin spürbare Gegenwehr kritischer Künstler⁴⁶ stürzte die Kulturpolitik der SED in eine tiefe Krise. Zu den bekannten Dissidenten gehörte in den siebziger Jahren auch Rudolf Bahro. Aufsehen erregte auch das auf Herrmann von Berg zurückgehende »Manifest der Opposition«⁴⁷, wenn es auch den von Herrmann von Berg behaupteten »Kommunistischen Bund«⁴⁸ nie wirklich gegeben hatte, wie die von Bahro angeregten kommunistischen Reformgruppen⁴⁹.

Mit der Vorstellung von der »Demokratisierung« des Sozialismus lieferten diese Dissidenten ein Stichwort, mit dem sich die SED bis zu ihrem Ende auseinandersetzen musste. Ihre Motive, einen demokratischen, unverfälschten oder wahren Sozialismus gegen die erfahrene Realität auszuspielen, sind in die Oppositionsgeschichte eingegangen. 1968 gab der »Prager Frühling« in der ČSSR den Ideen eines demokratischen Sozialismus neuen Auftrieb. Die militärische Niederschlagung des Experimentes regte viele Menschen zu Protesten an.

Eine strukturierte Opposition ist aber erst mit der Einführung des waffenlosen Dienstes der Bausoldaten 1964 zu erkennen.⁵⁰ Die Organisationsformen der Bausoldaten wirkten bis in die achtziger Jahre. In den siebziger Jahren entstand eine Reihe von oppositionellen Zentren, wie etwa in Jena, Leipzig und Berlin, die aus der Politisierung künstlerischer und jugendlicher Subkulturen hervorgegangen waren. Vor allem die »Offene (Jugend-)Arbeit« der Kirchen entwickelte sich zu oppositionellen Zentren. Begleitet wurden diese Vorgänge von innerkirchlichen Debatten. Inhaltlich orientierten sich Oppositionelle an der Ausformung einer kritischen protestantischen Sozialethik, die entsprechend einer Formel von Heino Falcke auf einen »verbesserlichen Sozialismus« zielte. Eine andere Richtung kritischer Kirchenleute beteiligte sich an einer heftigen Debatte um die Menschenrechte, die unter anderen Bischof Hans Joachim Fränkel eröffnet hatte. Zu Bedeutung kam eine in die Öffentlichkeit wirkende innerkirchliche Opposition gegen die Kirchenpolitik der SED und den offiziellen Kurs der Evangelischen Kirche. Sichtbarster Ausdruck dieser Auseinandersetzung war die Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz im Jahr 1976.

Schließlich war für die Oppositionsgeschichte der siebziger Jahre der KSZE-Prozess von Bedeutung, der die Argumentationsbasis von Kritikern erweiterte. Damit stand auch der große Komplex von Ausreise und Flucht im Zusammenhang, da sich Ausreiseantragsteller in der Regel auf eine Rechtslage beriefen, an die sich die SED formal selbst gebunden hatte.

Zu allen diesen Themen haben Autoren der Abteilung Bildung und Forschung veröffentlicht, teils in den eigenen Reihen der BStU, teils in externen Veröffentlichungen. Die Grundlage dieser Forschungen waren dabei Daten aus den Aktenbeständen des MfS. Viele dieser Arbeiten füllten Lücken, die die externe Forschung hinterlassen hatte, oder befassten sich mit Spezialthemen. Zu Robert Havemann liegt bisher nur eine Arbeit vor, die sich mit seiner strafrechtlichen Verfolgung auseinandersetzt.⁵¹ Eine weitere noch nicht veröffentlichte Forschungsarbeit zu Havemann beschäftigt sich mit dessen IM-Tätigkeit und seiner Lösung aus dieser Verpflichtung. In BF wurden auch mehrfach Sonderthemen behandelt wie die

⁴⁶ Forschungsbericht von Robert Grünbaum: Die Biermannausbürgerung und ihre Folgen. In: Eppelmann, Faulenbach, Mählert (Hg.): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung (Anm. 32), S. 173–179.

⁴⁷ Dominik Geppert: Störmanöver. Das »Manifest der Opposition« und die Schließung des Ost-Berliner »Spiegel«-Büros im Januar 1978. Berlin 1996.

⁴⁸ Vgl. Heinz Niemann: Der sogenannte »Bund Demokratischer Kommunisten Deutschlands«. In: DA 24(1991)5, S. 533–538.

⁴⁹ Vgl. Rudolf Bahro: Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus. Berlin 1990 (Lizenzausgabe).

⁵⁰ Vgl. Bernd Eisenfeld: Kriegsdienstverweigerung in der DDR – ein Friedensdienst?: Genesis, Befragung, Analyse, Dokumente. Frankfurt/M. 1978.

⁵¹ Clemens Vollnhals: Der Fall Havemann. Ein Lehrstück politischer Justiz. Berlin 1998.

Zerschlagung der maoistischen Politsekte in der DDR.⁵² Einige Bereiche der Oppositionsforschung haben Forscher aus der Abteilung BF überhaupt erst entwickelt. Dazu gehören Arbeiten zur Unangepasstheit in den Blockparteien⁵³, dem widerständigen Charakter der Ausreisebewegung⁵⁴ zum widerständigen Verhalten im Militär⁵⁵, zum rechtsextremen Widerstand⁵⁶ oder zum Widerstand von Häftlingen⁵⁷. Zahlreiche Arbeiten befassen sich mit dem KSZE-Prozess⁵⁸ und den oppositionellen Aktivitäten in den Kirchen⁵⁹.

Die Forschungen zur entwickelten und strukturierten Opposition der achtziger Jahre, die überwiegend als Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsbewegung fast ausschließlich in den Kirchen oder der kirchlichen Öffentlichkeit operierte, hat seit 1990 einen großen Aufschwung genommen.⁶⁰ Dabei ist vorausgesetzt, dass eine zeitliche Abgrenzung nicht scharf zu treffen war. Die Friedensbewegung hat ältere Wurzeln, und ihre typischen strukturellen und inhaltlichen Ausprägungen entstanden Ende der siebziger Jahre, vor allem mit der kirchlichen Opposition gegen den obligatorischen Wehrkundeunterricht 1978. Zudem zog die Bewegung auch kritische Strömungen aus säkularen künstlerischen und subkulturellen Bereichen an sich. Dabei kam es auch zur Integration der letzten marxistischen Dissidenten wie Robert Havemann, der erst eine neue Basis fand, als er sich mit der kirchlichen Friedensbewegung, vor allem mit Rainer Eppelmann, verband.⁶¹

Abgesehen von den in den Sammelbänden und Gesamtübersichten zur Oppositionsgeschichte vorliegenden Forschungsergebnissen existiert inzwischen eine Reihe bestens recherchierter Monographien zur Oppositionsgeschichte der achtziger Jahre. Dazu gehören die beiden Studien von Anke Silomon zur Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Görlitz 1987, die zur Vorgeschichte der Bürgerbewegung »Demokratie jetzt« gehört, sowie ein Buch zur Bewegung »Schwerter zu Pflugscharen«⁶² Anfang der achtziger Jahre. Hans Michael Kloth hat in einer Monographie zur Wahlproblematik ausführlich die Rolle der

⁵² Tobias Wunschik: Die maoistische KPD/ML und die Zerschlagung ihrer »Sektion DDR« durch das MfS. Hg. BStU. Berlin 1997, 2. Aufl. 1998.

⁵³ Siegfried Suckut: Widerspruch und abweichendes Verhalten in der LDP(D). Hg. v. Deutschen Bundestag 1995. Bd. VII/1, S. 1492–1653.

⁵⁴ Bernd Eisenfeld: Die Ausreisebewegung – eine Erscheinungsform widerständigen Verhaltens. In: Ulrike Poppe, Rainer Eckert, Ilko-Sascha Kowalczyk (Hg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR. Berlin 1995, S. 192–223.

⁵⁵ Bernd Eisenfeld: Formen widerständigen Verhaltens in der Nationalen Volksarmee und bei den Grenztruppen. In: Neubert, Eisenfeld (Hg.): Macht – Ohnmacht – Gegenmacht (Anm. 43), S. 231–266.

⁵⁶ Bernd Eisenfeld: Rechtsextremismus in der Ära Honecker. In: Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik 13/2001, S. 5–10.

⁵⁷ Tobias Wunschik: Selbstbehauptung und politischer Protest von Gefangenen im DDR-Strafvollzug. In: Neubert, Eisenfeld (Hg.): Macht – Ohnmacht – Gegenmacht (Anm. 43), S. 233–254.

⁵⁸ Ehrhart Neubert: Der KSZE-Prozess und die Bürgerrechtsbewegung in der DDR. In: Klaus-Dietmar Henke, Peter Steinbach, Johannes Tuchel (Hg.): Widerstand und Opposition in der DDR. Köln 1999. S. 295–308.

⁵⁹ Helmut Müller-Enbergs: Das Zusammenspiel von Staatssicherheit und SED nach der Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz aus Rippicha am 18. August 1976. Hg. BStU. Berlin 1993 (B 2/1993); Ehrhart Neubert: Das Querfurter Papier im Kontext der europäischen Menschenrechtsdebatte. In: Tautz, Lothar (Hg.): Friede und Gerechtigkeit heute. Das »Querfurter Papier« – ein politisches Manifest für die Einhaltung der Menschenrechte in der DDR. Magdeburg 2002, S. 25–40; Ders.: Die kirchliche Opposition und ihre Außenkontakte im Blick der Stasi. In: Themenheft: Niederländische Kirchen und die DDR. Münster 2000.

⁶⁰ Forschungsbericht von Ehrhart Neubert: Die Opposition in den achtziger Jahren. In: Eppelmann, Faulenbach, Mählert (Hg.): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung (Anm. 32), S. 180–187.

⁶¹ Vgl. Ders.: Geschichte der DDR-Opposition 1949–1989. Berlin 2001, S. 405–412.

⁶² Anke Silomon: »Schwerter zu Pflugscharen« und die DDR. Die Friedensarbeit der evangelischen Kirchen in der DDR im Rahmen der Friedensdekaden 1980 bis 1982. Göttingen 1999; Dies.: Synode und SED-Staat. Die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Görlitz vom 18. bis 22. September 1987. Göttingen 1997.

Opposition reflektiert.⁶³ Eine kommentierte Quellenedition zum Samisdat der achtziger Jahre gab Ilko-Sascha Kowalczuk heraus.⁶⁴

Eine Vielzahl von wertvollen Veröffentlichungen enthalten Einzeldarstellungen von Gruppen und Netzwerken. Die Verfasser sind größtenteils Beteiligte. 1994 veröffentlichten die Begründer der Sozialdemokratischen Partei (SDP) der DDR, Markus Meckel und Martin Gutzeit, ein Buch, in dem sie die Anfänge ihres Engagements in der kirchlichen Friedensarbeit darstellten und entsprechende Dokumente hinzufügten.⁶⁵ Inzwischen liegen solche Arbeiten auch für die Samisdatzeitschrift »Arche Nova«, die zur Vorgeschichte der Grünen Partei gehört,⁶⁶ für die »Offene Arbeit« bzw. der späteren »Kirche von Unten« als Sammelpunkt des kritischen Jugendmilieus⁶⁷ und für das landesweite Netzwerk »Solidarische Kirche«⁶⁸ vor. Dieser Gattung stehen die Autobiographien von Bürgerrechtlern nahe. Nach 1990 erschienen u. a. von Michael Beleites⁶⁹, Vera Lengsfeld, ehemals Wollenberger,⁷⁰ und Rainer Eppelmann⁷¹ Autobiographien. Der autobiographischen Literatur ist auch ein von Eckhard Jesse herausgegebener Band⁷² zuzurechnen, in dem 14 Bürgerrechtler Erinnerungen erzählen und ihre politische Bilanz ziehen. Jesse hat einen Literatur- und Forschungsbericht hinzugefügt.

Da ein Teil der Autoren und Herausgeber des künstlerischen Samisdat⁷³ eng mit dem oppositionellen Milieu verwoben war, ist dieser Bereich für die Erforschung der Opposition unerlässlich. Diesem Thema, wie auch der Mail-Art-Bewegung⁷⁴ oder kritischen Künstlerszenen⁷⁵, wurde inzwischen vielfältig Aufmerksamkeit gewidmet. Zu erwähnen ist auch die Forschungsstelle Osteuropa in Bremen, die den künstlerischen Samisdat gesammelt und mit osteuropäischen Produkten der gleichen Gattung verschiedentlich der Öffentlichkeit vorgestellt hat.⁷⁶

Die Abteilung BF und ihre Autoren haben auf vielfältige Weise an den Forschungen zur Opposition der achtziger Jahre teilgenommen. Dass dabei neben der Bestandsaufnahme vor

⁶³ Hans Michael Kloth: Vom »Zettelfalten« zum freien Wählen. Die Demokratisierung der DDR 1989/90 und die »Wahlfrage«. Berlin 2000.

⁶⁴ Ilko-Sascha Kowalczuk (Hg.): Freiheit und Öffentlichkeit. Politischer Samisdat in der DDR 1985–1989. Berlin 2002.

⁶⁵ Markus Meckel, Martin Gutzeit: Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit – kommentierte Quellentexte. Köln 1994.

⁶⁶ Carlo Jordan, Hans Michael Kloth (Hg.): Arche Nova. Opposition in der DDR. Das »Grün-ökologische Netzwerk Arche« 1988–90. Berlin 1995.

⁶⁷ Kirche von Unten (Hg.): Wunder gibt es immer wieder. Fragmente zur Geschichte der Offenen Arbeit Berlin und der Kirche von Unten. Berlin 1997.

⁶⁸ Joachim Goertz (Hg.): Die Solidarische Kirche in der DDR. Erfahrungen, Erinnerungen, Erkenntnisse. Berlin 1999.

⁶⁹ Michael Beleites: Untergrund. Ein Konflikt mit der Stasi in der Uranprovinz. Berlin 1991.

⁷⁰ Vera Wollenberger: Virus der Heuchler. Innenansicht aus Stasi-Akten. Berlin 1992.

⁷¹ Rainer Eppelmann: Fremd im eigenen Haus. Mein Leben im anderen Deutschland. Köln 1993.

⁷² Eckhard Jesse (Hg.): Eine Revolution und ihre Folgen. 14 Bürgerrechtler ziehen Bilanz. Berlin 2000; dazu auch Detlef Pollack: Die Entzauberung des Politischen: Was ist aus den politisch-alternativen Gruppen der DDR geworden? Interviews mit führenden Vertretern. Leipzig 1994.

⁷³ Peter Böthig, Klaus Michael (Hg.): Machtspiele. Literatur und Staatssicherheit im Fokus Prenzlauer Berg. Leipzig 1993.

⁷⁴ Friedrich Winnes, Fritz Wohlrab (Hg.): Mail Art Szene DDR 1975–1990. Berlin 1994.

⁷⁵ Uta Grundmann, Klaus Michael, Susanne Seufert: Die Einübung der Außenspur. Die andere Kultur in Leipzig 1971–1990. Leipzig 1996.

⁷⁶ Wolfgang Eichwede (Hg.): Samisdat – alternative Kultur in Zentral- und Osteuropa; die 60er bis 80er Jahre. Bremen 2000.

allem aufgrund der Quellenbasis das Wechselverhältnis von Repression und Opposition eine große Rolle spielte, versteht sich von selbst.⁷⁷

Mit der Herausgabe der Reihe »Biografische Quellen« wurde auch Oppositionellen der DDR Gelegenheit gegeben, ihre Aktionen und eigenen Texte in den Kontext zu den über sie vom MfS angelegten Akten zu stellen und unter systematischen Gesichtspunkten zu kommentieren. Der erste Band dokumentierte die jahrelangen oppositionellen Aktivitäten von Peter Eisenfeld.⁷⁸ Diese editorische Arbeit soll die Schwächen einer subjektiven Wirklichkeitskonstruktion mancher vorliegenden Autobiographien kompensieren.

Ein besonderes Themenfeld sind die friedliche Revolution der Jahre 1989/1990⁷⁹ und die Rolle der Opposition an diesem Ereignis. Die umfangreiche Literatur zum Thema beleuchtet häufig einzelne Aspekte wie den Niedergang der SED⁸⁰, den Fall der Mauer⁸¹, die Auflösung des MfS⁸², die Bürgerbewegungen⁸³ oder den Runden Tisch⁸⁴. Von besonderem Wert ist die Herausgabe der Wortprotokolle und Dokumente des Zentralen Runden Tisches durch Uwe Thaysen, der das mehrbändige Werk mit einem einleitendem Essay versah und den Beitrag der Opposition zur Demokratieentwicklung kritisch erörtert.⁸⁵

Inzwischen hat auch die regionalgeschichtliche Forschung zu den Herbstereignissen 1989 Fortschritte gemacht. Regionales findet sich in unzähligen Grauschriften und in einigen Zeitschriften wie der Jenaer Zeitschrift »Gerbergasse 18«, die von einem privaten Trägerverein herausgegeben wird. Viele solcher Veröffentlichungen behandeln auch die Vorgeschichte der Revolution. Da der unerbittliche Kampf des MfS gegen die Opposition auch zu einer starken Fixierung der Opposition auf dieses Machtorgan geführt hatte, passierte die Entladung im Revolutionsherbst 1989, als die Bürgerbewegung die Zentralen des MfS besetzte. Diese spannenden Auseinandersetzungen wurden inzwischen für viele Bezirks- und Kreisstädte dokumentiert. Unter ihnen ragen einige Darstellungen und Dokumentationen besonders hervor, zum Beispiel zu den wichtigen revolutionären Vorgängen in Leipzig, die häufig von Leipziger Akteuren stammen. Es handelt sich dabei um wissenschaftliche Analysen⁸⁶, Dokumentationen⁸⁷ und Rekonstruktionen der Ereignisse⁸⁸. Erwähnenswert sind

⁷⁷ Vgl. dazu BStU (Hg.): Abteilung Bildung und Forschung. Die ersten zehn Jahre – eine Bilanz. Berlin 2004, S. 77–139.

⁷⁸ Peter Eisenfeld: »... rausschmeißen ...«: Zwanzig Jahre politische Gegnerschaft in der DDR. Berlin 2002.

⁷⁹ Forschungsbericht von Detlef Pollack: Bedingungsfaktoren der friedlichen Revolution 1989/90. In: Eppelmann, Faulenbach, Mählert (Hg.): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung (Anm. 32), S. 188–195.

⁸⁰ Gerd-Rüdiger Stephan (Hg.): Vorwärts immer, rückwärts nimmer. Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89. Berlin 1994.

⁸¹ Hans-Herrmann Hertle: Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989. Berlin 1996.

⁸² Michael Richter: Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR. Weimar, Köln, Wien 1996.

⁸³ Helmut Müller-Enbergs (Hg.): Was will die Bürgerbewegung? Augsburg 1992; Ders.; Marianne Schulz, Jan Wielgohs (Hg.): Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzepte der neuen Bürgerbewegungen. Berlin 1992; Gerda Haufe, Karl Bruckmeier (Hg.): Die Bürgerbewegungen in der DDR und in den ostdeutschen Bundesländern. Opladen 1993.

⁸⁴ Helmut Herles, Ewald Rose (Hg.): Vom Runden Tisch zum Parlament. Bonn 1990.

⁸⁵ Uwe Thaysen: Der Zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokoll und Dokumente. Einleitender Essay. Wiebaden 2000.

⁸⁶ Wolf-Jürgen Grabner, Christiane Heinze, Detlef Pollack: Leipzig im Oktober, Kirchen und alternative Gruppen im Umbruch der DDR. Analysen zur Wende. Berlin 1990.

⁸⁷ Christian Dietrich, Uwe Schwabe (Hg.): Freunde und Feinde. Dokumente zu den Friedensgebeten in Leipzig zwischen 1981 und dem 9. Oktober 1989. Leipzig 1994.

⁸⁸ Tobias Hollitzer, Reinhard Bohse (Hg.): Heute vor 10 Jahren. Leipzig auf dem Weg zur Friedlichen Revolution. Bonn 2000.

Regionalstudien zu Thüringen, da sich dort wichtige Zentren der Opposition befanden⁸⁹. Eine Fundgrube für den Mecklenburger Raum stellen die Bände der Enquete-Kommission »Aufarbeitung und Versöhnung« dar, die seit 1996 erschienen.⁹⁰

Auch an den Arbeiten zur Revolution war die Abteilung BF beteiligt. Fast immer stand dabei das MfS bzw. dessen finale Krise im Mittelpunkt. In einer Monographie über das Ende des MfS hat Walter Süß⁹¹ auch die Rolle der Bürgerbewegung analysiert. Mehrere Veröffentlichungen bezogen sich auf die Lahmlegung des MfS in den Bezirksstädten.⁹²

Ein Großteil dieser Arbeiten stellte zunächst wichtige Schritte der empirischen Bestandsaufnahme von Opposition und Widerstand dar. Damit war eine unabdingbare Voraussetzung für die Forschung zum Thema erbracht. Das Erstaunen der etablierten Zeitgeschichte über die Fülle und Kontinuität der Phänomene hat Jürgen Kocka in einer Bilanz zur DDR-Forschung seit 1990 zum Ausdruck gebracht: »Aber die Forschung hat in diesem Bereich sehr viel Neues erbracht bzw. bestätigt, was früher nur von Außenseitern behauptet worden war.«⁹³ Zu Recht weist er aber auch auf offene Fragen der Forschung hin: »Da gibt es weiterhin große begriffliche Probleme und aus meiner Sicht manche Tendenz zu rückblickender Hochstilisierung und Teleologie«.⁹⁴ Diese Einlassung verkennt möglicherweise, dass seit Mitte der neunziger Jahre eine intensive Debatte zur Genese von Opposition und Widerstand, zu den Bedingungsfaktoren, den Kriterien für die Bewertung und Urteilsfindung, zur Differenzierung und Kategorisierung und schließlich zur Wirkungsgeschichte in Gang ist. Allerdings ist Kocka insofern zuzustimmen, da die Entwicklung und Vertiefung eines methodischen Instrumentariums für diesen speziellen Sektor der DDR- und Kommunismusforschung tatsächlich alle ungelösten Probleme dieser Forschung in sich trägt.

Hinzu kommt, dass viele Veröffentlichungen zum Thema an einer unsystematischen Begrifflichkeit leiden und politische Urteile und andere normative Sichtweisen eingeschleppt werden. Allein schon in der Bedeutungszuschreibung solcher Begriffe wie »Opposition« oder »Bürger- oder Bürgerrechtsbewegung« kollidieren traditionelle politologische Kategorien und Theorien mit Selbstverständnis und Selbstbezeichnung der Akteure, ihrer politischen

⁸⁹ Victor Christoph: Oktoberfrühling. Wende in Weimar. In: Weimarer Schriften 49/92. Weimar 1992; Stephan Schnitzler: Der Umbruch in der DDR auf kommunalpolitischer Ebene. Eine empirische Studie zum Demokratisierungsprozess von 1989/90 in der Stadt Erfurt. Göttingen 1996; Andreas Dornheim, Ders. (Hg.): Thüringen 1989/90. Akteure des Umbruchs berichten. Landeszentrale für politische Bildung. Erfurt 1995; Dietmar Remy: Opposition und Verweigerung in Nordthüringen (1976–1989). Duderstadt 1999; Hans Hoffmeister, Mirko Hempel (Hg.): Die Wende in Thüringen. Ein Rückblick. Arnstadt, Weimar 2000; Eckardt Hoffmann (Hg.): Niemand konnte sie auslöschen. Die friedliche Revolution im Herbst 1989 in Gotha. Friedrichroda 2001.

⁹⁰ Landtag Mecklenburg-Vorpommern (Hg.): Leben in der DDR. Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung, Zur Arbeit der Enquete-Kommission, Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung. Bd. I–X, Schwerin 1996.

⁹¹ Walter Süß: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern. Berlin 1999.

⁹² Hans-Peter Löhn: Unsere Nerven lagen allmählich blank. MfS und SED im Bezirk Halle. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 2). Hg. BStU. Berlin 1996; Holger Horsch: Hat nicht wenigstens die Stasi die Stimmung im Land gekannt? MfS und SED im Bezirk Karl-Marx-Stadt. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 3). Hg. BStU. Berlin 1997; Volker Höffer: »Der Gegner hat Kraft«. MfS und SED im Bezirk Rostock. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 4). Hg. BStU. Berlin 1997; Tobias Hollitzer: Wir leben jedenfalls von Montag zu Montag. Zur Auflösung der Staatssicherheit in Leipzig. Erste Erkenntnisse und Schlussfolgerungen. Hg. BStU. Berlin 1999; Eberhard Stein: Sorgt dafür, dass sie die Mehrheit nicht hinter sich kriegen. MfS und SED im Bezirk Erfurt. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 5). Hg. BStU. Berlin 1999.

⁹³ Jürgen Kocka: Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Herrmann Weber zum 75. Geburtstag. In: DA 36(2003)5, S. 765.

⁹⁴ Ebenda.

Funktion oder der Sichtweise der verfolgenden Staatsorgane. Dennoch sollte das bisher Erreichte nicht unterschätzt werden. Die gegenwärtigen theoretischen Debatten können als ein offener Prozess verstanden werden, in dem bislang eine Reihe von Theorieangeboten unterbreitet worden, die für diesen Arbeitsbereich schon jetzt fruchtbar geworden sind.

Zur Bilanz der Debatten um Zugänge und Forschungsmethoden

Der junge zeitgeschichtliche Forschungszweig musste zur Bewältigung des rasch anwachsenden empirischen Materials Erklärungsansätze, methodische Instrumentarien und theoretische Zugänge entwickeln. Aus einer Tagung der Abteilung Bildung und Forschung zu Grundfragen politischer Gegnerschaft ging ein Sammelband in der Reihe Analysen und Berichte hervor, der die bisherigen Theoriendebatten bilanzierte und die durchaus unterschiedlichen Zugänge referierte.⁹⁵ Der Band zeigt auch, in welchem Maße nach 1990 Neuland betreten wurde.

An der Forschung zum Widerstand im Nationalsozialismus konnte, wie Rainer Eckert⁹⁶ gezeigt hat, methodisch gelernt werden. Dass dies bisher aber nur in geringem Maße aufgenommen wurde, zeigt, dass die Kontexte so verschieden sind, dass die Gefahr illegitimer Übertragungen Vorsicht geboten hat.⁹⁷ Bisher liegen nur Ansätze zur Bedeutung des Widerstandsrechtes und einer Widerstandsethik in der DDR mit Bezügen zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus vor.⁹⁸ So überwogen seit Beginn der systematischen Erforschung von Opposition und Widerstand die Fragen nach dem Stellenwert der politischen Gegnerschaft in den komplexen historischen Prozessen der DDR. Ein bipolares Bild von einem öffentlich wirksamen politischen Dauerkonflikt zwischen Widerstand bzw. Opposition auf der einen Seite und den Trägern der Herrschaft auf der anderen Seite ließ sich aus den empirischen Daten nicht als Kennzeichen der DDR-Geschichte erheben. Zwar gab es in allen Phasen der DDR auch politische Gegner, und in der großen Krise 1953 wie auch in den für die SED peinlichen Affären um Wolf Biermann 1976, bei der Selbstverbrennung von Brüsewitz oder der von Oppositionellen aufgedeckten Wahlfälschung im Mai 1989 und der lange Zeit unterschätzten Dynamik der Ausreisebewegung sah die SED jeweils nicht sehr gut aus. Aber die asymmetrische Machtverteilung bevorteilte die SED derart, dass sie sich selbst in Sicherheit wog und nicht wenige Beobachter im Westen ihr eine urwüchsige Stabilität zuschrieben.

So gab es mit Beginn der Widerstandsforschung die intellektuelle Versuchung, das machtpolitische Ungleichgewicht unter zwei gegensätzlichen Aspekten zu erklären. Einerseits wurde die tatsächlich vorhandene politische Gegnerschaft mit der von Repression betroffenen Bevölkerung, den »Opfern« der SED, identifiziert. Das erklärte zumindest deren Erfolglosigkeit in der politischen Auseinandersetzung. Andererseits lag es nahe, nach solchen gesellschaftlichen Bereichen zu fahnden, in denen die Bürger ein Eigenleben führten, ohne deswegen von Repression betroffen zu sein. Das machte in gewisser Weise eine politische Gegnerschaft überflüssig und erklärte zugleich die offensichtliche Differenz zwischen Gesellschaft und Herrschaft. Insofern bestand die Notwendigkeit einer Eingrenzung des Forschungsgegenstandes und seiner historisch-politischen Verortung.

⁹⁵ Neubert, Eisenfeld (Hg.): Macht – Ohnmacht – Gegenmacht (Anm. 43).

⁹⁶ Rainer Eckert: Die Widerstandsforschung über die NS-Zeit – ein methodisches Beispiel für die Erforschung widerständigen Verhaltens in der DDR? In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 46(1995)46, S. 553–567.

⁹⁷ Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk: Gegenkräfte: Opposition und Widerstand in der DDR – Begriffliche und methodische Probleme. In: Kuhrt, Buck, Holzweißig (Hg.): Opposition in der DDR (Anm. 15), S. 51–53.

⁹⁸ Ehrhart Neubert: Ethische und rechtliche Aspekte von Widerstand und Opposition. Universität Jena i. D. 2004.

Zur Eingrenzung der historisch-politischen Verortung des Forschungsbereiches

Dass die Oppositionsgeschichte in einem engen Zusammenhang mit der Repressionsgeschichte steht, ergibt sich nicht nur aus dem Umstand, dass Widerstand und Opposition häufig als Reaktion auf besondere Repressionsakte der sowjetischen Machthaber zu verstehen ist, sondern auch aus dem Tatbestand, dass nahezu alle Widerständler und Oppositionellen verfolgt wurden und »ihre« MfS-Akten haben. Die Identifizierung von Gegnerschaft und Repression rührte nicht zuletzt aus den Erfahrungen von Akteuren vor 1989 und wurde in der Öffentlichkeit noch einmal durch die sensationellen ersten Veröffentlichungen im Januar 1990 bestätigt.⁹⁹ Die justizielle Verfolgung von Widerständlern und Oppositionellen einschließlich der Beteiligung des MfS ist in der externen Forschung ein wichtiges Thema geworden. Auch die mit geheimdienstlicher Finesse durchgeführten Zersetzungsmaßnahmen des MfS sind von externen Autoren aufgearbeitet worden.¹⁰⁰

Die Abteilung BF war an der Aufklärung der repressiven Methoden und Maßnahmen des MfS gegen Oppositionelle entsprechend ihrem Auftrag sehr früh beteiligt, was sich in einer Reihe von Veröffentlichungen niedergeschlagen hat.¹⁰¹ Weitere Arbeiten befassten sich mit dem innenpolitischen umfassenden Kontroll- und Disziplinierungsbedürfnis des MfS tatsächlicher oder vermeintlicher Regimegegner sowie der Verfolgung Oppositioneller, die in die Bundesrepublik ausgewiesen oder verdrängt worden waren.¹⁰² Schließlich zeigten auch die Planungen, SED-Gegner im Spannungsfall in Isolierungslager¹⁰³ zu verbringen, die enorme Verfolgungsenergie des Regimes. Gerade Letzteres macht auch deutlich, dass sich die Repression nicht nur gegen reale sondern auch gegen potentielle Gegner richtete. Die Motive für solche Verfolgungen rührten aus der schon zu Stalins Zeiten geübten Praxis, »objektive« Feinde¹⁰⁴, also Personen oder Gruppen, bei denen die bloße Möglichkeit der Gegnerschaft sich aus spekulativen bzw. ideologischen Annahmen ergaben, zu definieren. Darum wurde bei verschwörungstheoretischen Mustern nach westlicher Steuerung und abweichender Haltung gefahndet.

So kann ungewollt die Repressionsforschung die Tatsache verdecken, dass nicht alle Repressierten Widerstand leisteten oder an organisierter Opposition beteiligt waren. Vielmehr konnten Zufälle, unbegründete Verdachtsmomente oder ein durchaus auch unpolitisches Abweichen von den vorgegebenen ideologischen und politischen Erwartungen des Regimes Menschen in die Repressionsmechanismen geraten und zu »Opfern« werden lassen. Diese Unterscheidung von widerständigem Verhalten und dem Erleiden repressiver Maßnahmen ermöglicht nach den äußeren Bedingungen und den Motiven der Systemgegner als autonom und politisch Handelnde zu fragen.

Wenn Opposition und Widerstand als politische Phänomene gesehen werden, die im Grunde allein durch ihre Existenz die Machtfrage aufwarfen, muss auch eine weitere Unterscheidung getroffen werden. Politische Gegnerschaft hat nichts mit einem neuerdings debattierten und in der DDR-Gesellschaft massenhaft in Erscheinung getretenen »Eigensinn« zu tun, der »den totalitären Geltungsanspruch der SED unterlaufen und Bereiche des Aushandelns und der

⁹⁹ Armin Mitter, Stefan Wolle (Hg.): »Ich liebe euch doch alle!« Befehle und Lageberichte des MfS. Januar–November 1989. Berlin 1990.

¹⁰⁰ Sandra Pingel-Schliemann: Zersetzen – Strategie einer Diktatur. Berlin 2002.

¹⁰¹ Roger Engelmann, Clemens Vollnhals (Hg.): Justiz im Dienste der Parteiherrschaft. Rechtspraxis und Staatssicherheits in der DDR. Berlin 1999.

¹⁰² Thomas Auerbach: Der Frieden ist unteilbar. Die blockübergreifende Friedensbewegung im Visier der Stasi-Hauptabteilung XX/5. In: DA 30(1997)3, S. 369–377.

¹⁰³ Thomas Auerbach: Vorbereitung auf den Tag X. Die geplanten Isolierungslager des MfS. Hg. BStU. Berlin 1995, 3. Aufl. 2000.

¹⁰⁴ Vgl. Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Frankfurt/M. 1955, S. 669–680.

relativen Eigenständigkeit sichern«¹⁰⁵ konnte. Hierbei handelte es sich um soziale Techniken, die erlernt werden konnten und mussten, um den Alltag bestehen zu können. Dieser Eigensinn war systemstabilisierend und hat die Herrschaft der SED nicht infrage gestellt. Wurden Anfang der fünfziger Jahre noch kleinste Delikte, etwa der Diebstahl eines dreiviertel Kilogramms Sauerkraut, mit einem Jahr Gefängnis geahndet,¹⁰⁶ beteiligten sich später unter stillschweigender Duldung der SED große Teile der Bevölkerung samt vieler Funktionäre an der grauen Wirtschaft jenseits der sozialistischen Normen. Die Bevölkerung reparierte damit partiell die Dysfunktionalität des Systems. Die SED-Herrschaft war nicht durch die unpolitischen Schwejkiaden herausgefordert, sondern allein durch die mit politischen Mitteln angestrebten Veränderungen, sei es die Beseitigung des Systems oder auch seine Reform.

Diese doppelte Abgrenzung erlaubt, dass sich die Widerstandsforschung als eigener Bereich behaupten kann. Sie tangiert zwar die Herrschaftsgeschichte wie auch die Gesellschaftsgeschichte, geht aber nicht in ihnen auf. Sie erforscht einen politisch-gesellschaftlichen Raum, den das kommunistische SED-Regime nicht besetzen konnte. Sie konnte diesen Raum weder durch repressive Maßnahmen noch durch eine soziale Integration schließen. Er entstand immer wieder neu aus der tiefen Spaltung zwischen Partei und Gesellschaft. Diese Spaltung, die die kommunistische Utopie überwinden wollte, wurde gerade dadurch vertieft, weil die Partei der Gesellschaft als allein Handelnde gegenübertrat. Indem sich die SED anmaßte, allein die politischen und sozialen Problemlagen zu definieren und zu lösen, musste sie über die politischen und sozialen Realitäten den Schirm des Scheins spannen. Opposition und Widerstand war dann nichts anderes als die unabhängige und nie erloschene politische Artikulation der Gesellschaft.

Dieses politische Eigenleben der Gesellschaft war äußerst heterogen und vor allem stand es in einem Wechselverhältnis zum jeweiligen Zustand des politisch-sozialen Gefüges. In der Widerstandsforschung der letzten zehn Jahre wurden zwei sich ergänzende Wege beschritten, um diese Phänomene systematisieren zu können. Zum einen ging es um die Herausarbeitung der Handlungsmöglichkeiten von Systemgegnern und damit verbunden um deren politischen Strategien. Zum anderen musste die gesellschaftliche Funktion von Opposition und Widerstand geklärt werden.

Zur Kategorisierung

Politische Strategien konnten von Systemgegnern nicht oder nur selten generalstabsmäßig geplant werden. Handlungsweisen mussten sich vielmehr an den Möglichkeiten orientieren und ausformen, die das Herrschaftssystem an seinen Bruchstellen bot. In jedem Fall aber handelte es sich um Reaktionen und Aktionen einer sich gegen die Ansprüche wehrenden Gesellschaft bzw. der in ihr politisch aktiven Gruppen und Personen.

Auf der Suche nach systematischen Handlungstypen hat Ilko-Sascha Kowalczuk¹⁰⁷ Kategorien auf der Verhaltensebene herausgearbeitet, die er jeweils entsprechend der politischen und sozialen Motive der Akteure differenziert. Widerstand und Opposition werden von ihm synonym als Oberbegriff politischer Gegnerschaft gebraucht, die in »gesellschaftlicher Verweigerung«, »sozialem Protest«, »politischem Dissens« und »Massenprotest« in Erscheinung tritt. Hubertus Knabe¹⁰⁸ bot eine zehnstufige Typologie an,

¹⁰⁵ Thomas Lindenberger: Die Diktatur der Grenzen. In: Ders. (Hg.): Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR. Köln. Weimar. Berlin 1999, S. 25.

¹⁰⁶ Falco Werkentin: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht. Berlin 1995, S. 71.

¹⁰⁷ Ilko-Sascha Kowalczuk: DDR: Opposition und Widerstand. In: Werner Weidenfeld, Karl-Rudolf Korte (Hg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949–1989–1999. Bonn 1999; Ders.: Gegenkräfte: Opposition und Widerstand in der DDR – Begriffliche und methodische Probleme. In: Kuhrt, Buck, Holzweißig (Hg.): Opposition in der DDR (Anm. 15), S. 47–82.

¹⁰⁸ Hubertus Knabe: Was war die »DDR-Opposition«? Zur Typologie des politischen Widerspruchs in Ostdeutschland. In: DA 29(1996)2, S. 184–198.

die die politisch-strategische Energie abbildet. Die Verhaltensweisen reichen von der milderen »Resistenz« bis zum »aktiven Widerstand« und »Aufstand«.

Um den Schwierigkeiten einer auf Verhaltensweisen konzentrierten Typologie zu entgehen, wurden Kategorien der politischen Gegnerschaft entwickelt, die sich an den Kriterien politischer Handlungsmöglichkeiten orientiert. Dazu wurden von mir¹⁰⁹ und ähnlich auch Rainer Eckert¹¹⁰ die Zweck-Mittel-Relation zugrunde gelegt, die die Berücksichtigung der von den SED-Gegnern eingesetzten politischen Mittel und der diesem innewohnenden Ziele ermöglicht. Begriffe wie Opposition und Widerstand bilden danach die Differenz der sich bisweilen ausschließenden Strategien und Ziele unterschiedlicher Gegner ab.

Widerstand zielt danach auf eine Schwächung oder Beseitigung der SED-Macht. Er war eine unmittelbare Reaktion auf die teilweise mit terroristischen Mitteln durchgesetzte kommunistische Transformation. Inhaltlich war er auf die Wiederherstellung des Rechtes orientiert und lehnte die Selbstlegitimierung und Scheinlegalisierung der SED ab. Auf die Rechtsbrüche im Zuge der kommunistischen Transformation wehrten sich die um ihre Interessenvertretungen beraubten Arbeiter, die von der Kollektivierung bedrohten Bauern, die in ihrer freien Willensbildung behinderten demokratischen Parteien, die von Eigentumsentzug betroffenen Mittelschichten, die um die Wissenschaftsfreiheit gebrachten bildungsbürgerlichen Eliten sowie die um die Religionsfreiheit bangenden Kirchen. Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 war eine spontane kollektive Anstrengung der Ostdeutschen, die Ergebnisse des Transformationsprozesses rückgängig zu machen. Der so definierte Widerstand schwächte sich mit der Stabilisierung der SED-Herrschaft nach 1953 und vor allem nach 1961 ab.

»Opposition« dagegen versucht auf der Grundlage verbindlicher Normen und verbindlichen Rechts die Machträger zur Einhaltung dieser Normen zu veranlassen, um deren Macht zu begrenzen. Mit Harichs und später auch Havemanns Ansatz, die DDR zu reformieren, fand ein Paradigmenwechsel statt, der den bis in die fünfziger Jahre dominierenden Typ des konfrontativen Widerstandes ablöste und zu einer legalistischen Opposition überleitete, die die Legitimation sozialistischer Gesellschaftsentwürfe nicht grundsätzlich infrage stellte. Die politische Ambivalenz dieser Opposition war offensichtlich, bedeutete sie doch eine Selbstbegrenzung in den politischen Zielsetzungen und kreierte einen häufig am Wirklichkeitsverlust nicht mangelnden Reformutopismus. Aber dieser Legalismus der Opposition erwies sich als äußerst wirksam. Als Beispiel sei auf die letzte »Volkswahl« am 7. Mai 1989 verwiesen, als sich die Opposition an die legalen Verfahren hielt und die in der DDR strafbaren Wahlfälschungen aufdeckte.¹¹¹

Der politische Gehalt dieser Opposition war ihr Einsatz für die Demokratisierung des politischen Systems, die Entwicklung einer freien Öffentlichkeit und die Erweiterung des Handlungsspielraums des Individuums. Derart argumentierende Oppositionelle gingen vom Gegensatz zwischen Gesellschaft und herrschender Partei aus und hatten seit Ende der siebziger Jahre den Vorteil, in dem kirchlichen institutionellen Rahmen verankert zu sein, der als gesellschaftlicher Bewegungsraum im Gegenüber zur SED stand. Von hier aus nutzten sie jeden noch so kleinen legalen Spielraum, um sich als eigenständige politische Kraft in der Öffentlichkeit zu zeigen.

¹⁰⁹ Ehrhart Neubert: Die Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989. 3. Aufl., Berlin 2000, S. 25–33; Ders.: Was waren Opposition, Widerstand und Dissidenz in der DDR? In: Kuhrt, Buck, Holzweißig (Hg.): Opposition in der DDR (Anm. 15), S. 17–47.

¹¹⁰ Rainer Eckert: Widerstand und Opposition in der DDR. Siebzehn Thesen. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 44(1996)1, S. 4–65; Ders.: Widerstand und Opposition: Umstrittene Begriffe der deutschen Diktaturgeschichte. In: Neubert, Eisenfeld (Hg.): Macht – Ohnmacht – Gegenmacht (Anm. 43), S. 27–36.

¹¹¹ Hans Michael Kloth: Vom »Zettelfalten« zum freien Wählen (Anm. 63).

Diese Strategie spiegelt sich auch in den MfS-Akten. Für die SED war es nicht immer leicht diese Opposition zu kriminalisieren. Sie schuf speziell auf die Opposition zugeschnittene Strafgesetze und Verordnungen.¹¹² Und das MfS identifizierte im Legalismus eine konterrevolutionäre Strategie als »Versuche der Führungskräfte politischer Untergrundtätigkeit, mit der Partei und dem Staat in einen politischen Dialog zu treten und sich somit Legalität zu erschleichen«.¹¹³

Nun gibt es auch einige Forscher, die die Opposition nicht an den Strategien messen, die im Zusammenhang mit ihren Handlungsmöglichkeiten standen, sondern an Zielen, etwa den Grundlagen westlicher Demokratien. Nach diesen Kriterien erscheinen große Teile der Opposition demokratisch nicht gereift oder gar undemokratisch. Diese Sichtweise findet sich bei amerikanischen Autoren wie bei Christian Joppke¹¹⁴ oder deutschen Forschern wie Eckhard Jesse¹¹⁵ und noch deutlicher bei Martin Jander¹¹⁶. Jander meint, dass die Opposition wegen der in ihr verbreiteten Vorstellung von einem demokratischen Sozialismus die demokratischen Institutionen abgelehnt hätte und in den Grundfragen zur Nation weitgehend mit der SED übereinstimmte. Diese Sichtweise vernachlässigt die Interdependenz von Herrschaft und Gegenkräften, wie sie die Vielfalt der Opposition außer Acht lässt, in der es nahezu alle Spielarten von Reformern und Revolutionären gab. Unterschätzt wird zudem die strikte Orientierung an der Menschenrechtsfrage und dem Freiheitswillen der Akteure, der sie zu den einzigen formierten Gegnern der SED machte.

Unterhalb der Schwelle von Widerstand und Opposition waren vielfältig politischer Widerspruch und Dissidenz verbreitet, die nicht an ideologischen oder politischen Alternativen arbeitete, keine eigenen Strukturen ausbildete, auf Teilöffentlichkeiten zielte und die Risiken minimierte. Hier wäre im Einzelfall zu untersuchen, ob es sich nicht um den schon genannten unpolitischen »Eigensinn« handelte.

Nach den Kategorien Widerstand, Opposition und Widerspruch können auch jene unzähligen in den MfS-Akten dokumentierten Phänomene gegnerischen Verhaltens in der Bevölkerung klassifiziert werden. Diese weithin noch unbekanntes und bisher nicht aufgearbeiteten »besonderen Vorkommnisse« zeigen nicht nur die verschiedenen Mittel, sondern auch die politischen Ziele breiter Kreise der Bevölkerung.¹¹⁷

Gesellschaft und politische Gegnerschaft

Ein weiterer Formenkreis der Oppositionsforschung ist soziologischen Fragestellungen verpflichtet, mit denen vornehmlich bewegungstheoretische Fragestellungen aufgenommen werden sowie Milieu- oder Motivforschung betrieben wird. 1988 hat Hubertus Knabe¹¹⁸ das

¹¹² Vgl. Ehrhart Neubert: Politische Justiz und die Opposition in den achtziger Jahren. In: Engelmann, Vollnhals (Hg.): Justiz im Dienste der Parteierrschaft (Anm. 101), S. 375–410.

¹¹³ Konzeption zur Verteidigung des Forschungsprojektes »Die Analyse des aktuellen Erscheinungsbildes politischer Untergrundtätigkeit, der Herausarbeitung wesentlicher Tendenzen ihrer Entwicklung und die Ableitung grundsätzlicher Konsequenzen für die weitere politisch-operative Arbeit und ihrer Leitung auf diesem Gebiet«, Entwurf; BStU, MfS, ZAIG 7972, Bl. 15.

¹¹⁴ Christian Joppke: East German Dissidents and the Revolution of 1989. Social Movements in a Leninist Regime. New York 1995.

¹¹⁵ Eckhard Jesse: Artikulationsformen und Zielsetzungen von widerständigem Verhalten in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«. Hg. v. Deutschen Bundestag 1995. Bd. VII/1, S. 994–1000.

¹¹⁶ Martin Jander unter Mitarbeit von Thomas Voß: Die besondere Rolle des politischen Selbstverständnisses bei der Herausbildung einer politischen Opposition in der DDR außerhalb der SED und ihrer Massenorganisationen seit den siebziger Jahren. In: ebenda, S. 896–907.

¹¹⁷ Solche Vorkommnisse im Zusammenhang mit der Erinnerung an den 17. Juni 1953 bei Eisenfeld, Kowalczyk, Neubert: Die verdrängte Revolution (Anm. 25), S. 217–242.

¹¹⁸ Hubertus Knabe: Neue Soziale Bewegungen im Sozialismus. Zur Genesis alternativer politischer Orientierungen in der DDR. In: KZSS 40/1988, S. 551–569.

Theoriemodell der »Neuen Sozialen Bewegungen (NSB)« auf die DDR-Opposition übertragen. Diese im Westen konzipierte Theorie beanspruchte, die zivilisationskritische Protestbewegung seit den siebziger Jahren als eine den Risiken der Industriegesellschaft angemessene politische Reaktion zu erklären. Damit waren die NSB-Theorien auch ideologische Legitimationsmuster für die neuen Protestbewegungen im Westen. Die Übertragung auf Phänomene in der DDR bot sich an, weil Ähnlichkeiten schon durch die Themen Frieden, Ökologie und internationale Gerechtigkeit gegeben waren. Auch basisdemokratische Haltungen fanden Entsprechungen. So konnten zweifellos eindrucksvolle Erklärungsmodelle entwickelt werden.¹¹⁹ Die Übertragung dieser Theorie wird aber auch kritisch diskutiert, da bei allen Ähnlichkeiten die sozialen und politischen Handlungskontexte und Problemlagen in Ost und West elementar verschieden waren, wie etwa in dem 1997 von Detlef Pollack und Dieter Rink herausgegebenen Band¹²⁰ aufgezeigt ist, der insgesamt die theoretische Debatte vertiefte. Vor allem aber, damit haben Zeitgeschichtler zu tun, die mit den Operativen Vorgängen (OV) von Oppositionellen arbeiten, rangen die Oppositionellen zunächst um die Schaffung von Voraussetzungen für eine Demokratisierung, und konnten sich nicht wie die westdeutschen Protestbewegungen auf einen Verfassungsstaat stützen, der ihnen alle Freiheiten garantierte.

Weiterführend hat sich Detlef Pollack¹²¹ mit einem differenzierten soziologischen Instrumentarium um die Erklärung des Entstehens von Protest bemüht. Angesichts der umfassenden Gesellschaftskontrolle geht er von der »Unwahrscheinlichkeit widerständigen Verhaltens« aus. Oppositionellen kann er darum lediglich eine Randexistenz in der Gesellschaft zuweisen, die ein Sonderleben geführt, in Distanz zur Bevölkerung gestanden und sich selbst überschätzt hätten. Ihre Bedeutung dürfe vor und in der Revolution 1989 nicht allzu hoch veranschlagt werden. Sie hätten zufällig von dem Ineinandergreifen verschiedener Handlungsstränge profitiert.¹²² Es wäre aber nachzufragen, ob die politische (Nicht-) Kommunikation der unterworfenen und notgedrungen schweigenden Bevölkerung zur Norm für »Gesellschaft« gemacht werden kann. Die Marginalisierung der Opposition war zunächst nur der Ausdruck der in der DDR schwach entwickelten autonomen Gesellschaft und Öffentlichkeit, die die Opposition vor 1989 nur punktuell herstellen konnte, aber im Herbst 1989 schließlich durchsetzte.

Die von Pollack vorgetragene Sichtweise berührt wirkungsgeschichtliche Aspekte, die ein Grundproblem des SED-Staates ansprechen: das Neben- und Ineinander von Stabilität und Fragilität der DDR. Da sich die Veränderungen des Systems als ein evolutionärer Prozess verstehen lässt, der mit einer progressiv verlaufenden Machtentfaltung beginnt und in einen allmählichen Verfall und schließlich in den Kollaps des SED-Staates im Jahre 1989 einmündet, ist das Erscheinen und Anwachsen der Opposition als Ausdruck einer zunehmenden Schwäche, eines »Untergangs auf Raten«, aufzufassen.¹²³ Wie die kommunistische Machtakkumulation zunächst andere politische, soziale und kulturelle

¹¹⁹ Lothar Probst: »Der Norden wacht auf«. Zur Geschichte des politischen Umbruchs in Rostock 1989–91. Bremen 1993; Ders.: Ostdeutsche Bürgerbewegungen und Perspektiven der Demokratie. Entstehung, Bedeutung und Zukunft. Köln 1993; Jan Wielgohs, Marianne Schulz: Die revolutionäre Krise am Ende der achtziger Jahre und die Formierung der Opposition. In: Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«. Hg. v. Deutschen Bundestag 1995. Bd. VII/2, S. 1950; Helmut Fehr: Unabhängige Öffentlichkeit und soziale Bewegungen. Fallstudien über Bürgerbewegungen in Polen und Ungarn. Opladen 1996.

¹²⁰ Detlef Pollack, Dieter Rink (Hg.): Zwischen Verweigerung und Opposition. Politischer Protest in der DDR 1970–1989. Frankfurt/M. 1997.

¹²¹ Detlef Pollack: Politischer Protest. Politisch-alternative Gruppen in der DDR. Opladen 2000.

¹²² Ähnlich erklärten die Revolution auch Martin Jander, Klaus Schroeder: Zwei Bewegungen, keine Revolution. In: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat 1997/4, S. 43–59.

¹²³ Armin Mitter, Stefan Wolle: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte. München 1993.

Potenzen verdrängte, musste die kommunistische Herrschaft hinnehmen, dass sie später Gegenkräften immer mehr Spielräume und Kompromisse zugestehen oder gar in bestimmten Bereichen das Feld überlassen musste.

Dem Ansatz einer Verortung der Opposition in den Reanimationsprozess der Gesellschaft sind Autoren verpflichtet, die die eigentliche Leistung der Opposition in der von ihr initiierten gesellschaftlichen Emanzipation bzw. in der Entwicklung der Zivilgesellschaft sehen. Dazu haben die Arbeiten von Hartmut Zwahr über die Leipziger Vorgänge seit Anfang der neunziger Jahre einen wichtigen Anstoß gegeben.¹²⁴ Auch Patrik von zur Mühlen¹²⁵ hat den zivilgesellschaftlichen Ansatz empirisch mit Daten aus der Oppositionsgeschichte unterlegt. Am weitesten geht Karsten Timmer¹²⁶, der aus dem Zusammenspiel von Opposition und Demonstranten einen kollektiven Akteur Bürgerbewegung ableitet. Auch Konrad Jarausch hat jüngst diese Ansicht vertreten und die Ausbildung der Zivilgesellschaft als eine Funktion der Opposition in den siebziger und achtziger Jahren beschrieben. Jarausch sieht gerade nach der Zerstörung einer »freien Öffentlichkeit, die den Verlust zivilgesellschaftlicher Werte hätte kritisieren können«, eine »schrittweise Entwicklung von kritischen Minderheiten«¹²⁷.

Der zivilgesellschaftliche Ansatz ist besonders fruchtbar, weil er nicht nur deutet, sondern sich auch aus den empirischen Befunden gut ableiten lässt. Er erklärt die basisdemokratischen Konzepte, die Dialogprogramme und die Debatten über Lebensweisen und Gruppenprozesse in der Opposition, die die gesellschaftlichen Voraussetzungen für politisches Handeln schaffen oder gesellschaftliche Räume erschließen sollten. Zugleich macht er auch die Verhinderungsstrategien und die Beeinflussungsversuche auf die Kirchen durch das MfS verständlich. Die Kirchen boten einen institutionellen Rahmen für eine gleichberechtigte Kommunikation und den praktischen Gesellschaftsaufbau. Hier fanden sich in enger Verbindung mit Oppositionellen kritische, verbotene und staatlich behinderte Künstler, Gruppen von Homosexuellen oder die politisch aktiven Kerne jugendlicher Subkulturen ein. Bei allen programmatischen Schwächen dieser Opposition war sie ein politischer Katalysator für die Emanzipation der ängstlichen Untertanen zum Bürger – freilich zunächst in kleinen Schritten, die erst 1989 gesamtgesellschaftliche Bedeutung bekamen.

Die sozialwissenschaftliche Theoriebildung hat sich vielfältig in den Arbeiten der Abteilung BF niedergeschlagen. Da das Regime der SED und dessen spezifisches Organ, das MfS, als wesentliche Bedingungsfaktoren für die Genese von gegnerischen Haltungen und Handlungen anzusehen sind, hat es selbst am Entstehen der Kräfte beigetragen, die an seiner Revolutionierung erfolgreich mitgewirkt haben. Der Begriff »Revolution« ist nun selbst ein ebenso unverzichtbarer wie zugleich auch heftig umstrittener Gegenstand der historischen Analyse. Diese Debatte wird auch in BF geführt und hat in den beiden Monographien über die »Revolutionen«, die von 1953¹²⁸ und die von 1989¹²⁹, auch ihre Zuspitzung bekommen.

Biographiegeschichtlicher Ansatz

Einige Forscher lassen die gängigen sozialwissenschaftlichen Zugänge hinter sich und fragen nach biographiewirksamen Entscheidungskonstellationen, um die Persönlichkeit der Handlungsträger zu wahren und den deterministischen Effekten sozialwissenschaftlicher Theorien zu entgehen. Die letzte Barriere gegen die Durchsetzung totalitärer Ansprüche ist die Konstitution des Individuums, dessen freie Entscheidungen in bestimmten Situationen nur

¹²⁴ Helmut Zwahr: Ende einer Selbsterstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR. Göttingen 1993.

¹²⁵ Patrik von zur Mühlen: Aufbruch und Umbruch in der DDR. Bonn 2000.

¹²⁶ Karsten Timmer: Vom Aufbruch zum Umbruch. Die Bürgerbewegung in der DDR 1989. Göttingen 2000

¹²⁷ Konrad Jarausch: Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945–1995. München 2004, S. 256.

¹²⁸ Eisenfeld, Kowalczyk, Neubert: Die verdrängte Revolution (Anm. 25).

¹²⁹ Süß: Staatssicherheit am Ende (Anm. 91).

unter dem Preis der Vernichtung seiner juristischen und moralischen Person¹³⁰ von den Herrschenden verhindert werden konnten. Die Leser von MfS-Vernehmungsprotokollen finden das bestätigt. Es gibt Vernommene, deren Persönlichkeit unter dieser Last zusammenbrach. Aber es gibt eben auch diejenigen, die sich in solchen Extremsituationen behaupten konnten. Der Nutzen, der daraus für sie entstand, ist ein Gewinn an Autonomie.

Dass Menschen oft ohne Aussicht auf Erfolg und unter Risiken zum Widerstand übergingen, rührte meist aus individuellen biographischen Konfliktsituationen mit der Umwelt, etwa aus der eigenen oder familiär überlieferten Erfahrung mit Repression, die von den Betroffenen auf diese Weise bearbeitet wurden.¹³¹ Im Zentrum dieser Konflikte stand häufig ein drohender Identitätsverlust. Die geistige und kulturelle Identitätswahrung als Motiv für widerständiges Verhalten ist ein Kontinuum in der Widerstands- und Oppositionsgeschichte, die bis zum Ende der Diktatur 1989 eine Rolle spielte. Bei einer biographiewissenschaftlichen Untersuchung der Handlungsmotive einer oppositionellen Frauenfriedensgruppe der achtziger Jahre wurde etwa festgestellt, dass die Auseinandersetzung mit der Familiengeschichte in der NS-Zeit, mit der erfahrenen Repression in der DDR und mit der familiären Gewalt typische Konstellationen für die Entwicklung oppositioneller Verhaltensweisen der Frauen darstellten.¹³² In jedem Fall spielt auch hier der Autonomiegewinn eine Rolle.

Die sich in den personenbezogenen Akten des MfS niederschlagenden Auseinandersetzungen können, um mit Detlef Pollack zu reden, als »Akt der Selbstbefreiung« gelesen werden. Und Pollack fügt in einer Veröffentlichung von BF hinzu: »Die Geschichte der Opposition ist vor allem als eine Geschichte dieser Wiederherstellung der Person zu schreiben.«¹³³

Offene Arbeitsfelder

Die unterschiedlichen Herangehensweisen und Methoden zur Erfassung und Erklärung von Opposition und Widerstand signalisieren, dass die Debatte noch längst nicht abgeschlossen ist und um weitere Aspekte, etwa alltagsgeschichtliche, kultur- und religionssoziologische, ergänzt werden muss. Die empirische Forschung ist ebenfalls noch längst nicht abgeschlossen, besonders zu den sechziger und frühen siebziger Jahren. Offene Arbeitsfelder gibt es auch zu den Einflüssen und Kontakten nach Mittelosteuropa¹³⁴ sowie zu Fragen der Bedeutung der Ost-West-Politik für die Opposition. Auch die empirische Forschung zu den achtziger Jahren weist noch manche Lücke auf. So fehlt immer noch eine umfassende Arbeit zu dem bedeutendsten Netzwerk oppositioneller Gruppen »Frieden konkret«, das von 1983 bis 1989 etwa 200 Gruppen im kirchlichen Raum koordinierte. Und schließlich enthalten die MfS-Unterlagen noch sehr viel bisher unbeachtetes Material zu bislang unbekanntem widerständigen Handlungen von Einzelpersonen und Gruppierungen.

Letztlich muss als ein weiterer Ansatz für die Oppositionsforschung der Versuch benannt werden, die Revolution 1989 neben anderen Faktoren als Ergebnis einer langen Geschichte von Opposition und Widerstand zu begreifen. Es wird wohl kaum eine Vorstellung zu stützen sein, die die Revolution von 1989, die Friedensgebete und Demonstrationen, die Runden Tische und die Besetzungen der Stasizentralen ohne die Faktoren Widerstand und Opposition und deren geistige und politische Vorgeschichte plausibel machen können. So müssen die

¹³⁰ Vgl. Arendt: Elemente und (Anm. 104), S. 716.

¹³¹ Vgl. Reinhard Buthmann: Widerständiges Verhalten und Feldtheorie. In: Neubert, Eisenfeld (Hg.): Macht – Ohnmacht – Gegenmacht (Anm. 43), S. 89–120.

¹³² Vgl. Ingrid Mieth: Frauen in der DDR-Opposition. Lebens- und kollektivgeschichtliche Verläufe in einer Frauenfriedensgruppe. Opladen 1999; Dies.: DDR-Opposition als Neue Soziale Bewegung? In: Neubert, Eisenfeld (Hg.): Macht – Ohnmacht – Gegenmacht (Anm. 43), S. 121–142.

¹³³ Detlef Pollack: Kulturelle, soziale und politische Bedingungen der Möglichkeit widerständigen Verhaltens in der DDR. In: ebenda, S. 366.

¹³⁴ Dazu ist inzwischen erschienen Manfred Agethen, Günter Buchstab (Hg.): Oppositions- und Freiheitsbewegungen im früheren Ostblock. Freiburg 2003.

Revolutionstheorien die partikulare Beschränkung auf die DDR überwinden und den Bezug zur west- und osteuropäischen Geschichte der Demokratie in einem kultur- und zivilisationsgeschichtlichem Horizont herstellen.¹³⁵ In vielen Gesamtdarstellungen zur neueren deutschen Geschichte wird auf Opposition und Widerstand bislang nur episodenhaft eingegangen. Offensichtlich wäre es aber möglich, die politische Krisengeschichte der DDR deutlicher mit der Oppositionsgeschichte zu verbinden. Den nötigen Abstand für eine solche Betrachtung haben vorerst vor allem Ausländer. So zog Timothy Garton Ash¹³⁶ Parallelen zwischen dem osteuropäischen Umbruch, dem »Bürgerfrühling«, mit den europäischen Revolutionen von 1848. Der amerikanische Historiker Charles S. Maier konstatierte in seiner Studie über das Ende des deutschen Kommunismus, dass Deutschland ein »normales« Land geworden sei, das Abschied von seinen »Sonderwegen« und all dem, »was es belastet und geteilt hat«¹³⁷, genommen habe. Auch Konrad H. Jarausch¹³⁸ stellte den Bezug zu den bürgerlichen Revolutionen des 19. Jahrhunderts her und schlug vor, den »Umbruch 1989/1990 in die breite Perspektive der Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Diktatur im 20. Jahrhundert« zu stellen und gab seinem letzten Buch den programmatischen Titel »Umkehr«¹³⁹. Das ist ein weites Forschungsfeld.

Dieser Beitrag wurde auf dem wissenschaftlichen Workshop „Zur Bedeutung von MfS-Forschung und Stasi-Akten für die Zeitgeschichtsforschung“ am 26. November 2004 in Berlin vorgestellt.

¹³⁵ Vgl. Ehrhart Neubert: Vorgeschichte und Geschichte der Revolution als zivilisatorischer Konflikt. In: Neubert, Eisenfeld (Hg.): Macht – Ohnmacht – Gegenmacht. (Anm. 43), S. 367–412.

¹³⁶ Timothy Garton Ash: Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas. 1980–1990. München 1990.

¹³⁷ Charles S. Maier: Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus. Frankfurt/M. 1999, S. 510.

¹³⁸ Konrad H. Jarausch, Martin Sabrow (Hg.): Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR. Göttingen 2000.

¹³⁹ Jarausch, Konrad: Die Umkehr (Anm. 127).